

## **NZZ Podium «Die Schweiz im Wettbewerb» vom 31. Oktober 2013**

### **Das Referat von Prof. em. Dr. Silvio Borner**

#### **Warum sich in der Schweiz die Politik immer weiter vom marktwirtschaftlichen denken entfernt**

##### I. DIE ERFOLGSFAKTOREN DER VERGANGENHEIT

1. Der weltrekordverdächtige hohe Wohlstand hat seine Wurzeln in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als eine liberale Elite aus Wirtschaft und Politik in der weit und breit einzigen Republik einer freien Marktwirtschaft zum nachhaltigen Durchbruch verhalfen. (Die Schweiz als «Hongkong» des 19. Jahrhunderts).

2. Das 20. Jahrhundert war geprägt durch eine Überwindung von Konflikt und Konfrontation mithilfe einer neuen Sozialpartnerschaft, einer den Konsens fördernden direkten Demokratie und des Verschontbleibens in zwei Weltkriegen, was eine ununterbrochene Akkumulation von Real-, Finanz- und Sozialkapital ermöglichte. Diese wiederum machte die Schweiz zu einem Aufsteiger-Paradies für mehrere Generationen. Aufsteigen dank Marktkräften war populärer als Umverteilen durch den Staat.

3. Das wirtschaftliche Wachstum nach dem Zweiten Weltkrieg war die Folge von (1) unternehmens- und innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen (institutionelle Sicherheit und unternehmerische Freiheit), (2) einer vorsichtigen Geld- und Finanzpolitik (Stabilität) und (3) einer frühen und aktiven internationalen Öffnung. Alle drei Faktoren zusammen machten uns zu Top-Globalisierungsgewinnern dieser Welt.

##### II. INTERNE FEHLENTWICKLUNGEN IN DER ÖKOMISCHEN THEORIE, DIE DEN STAATLICHEN INTERVENTIONISMUS ZULASTEN DES MARKTES SCHWÄCHEN

1. Die Wiederauferstehung eines Vulgär-Keynesianismus ohne Mikro-Fundierung und ohne politökonomische Folgeabschätzung bewirkte eine krasse Asymmetrie der Konjunkturpolitik und dies wiederum einen Trend zur staatlichen Überschuldung («functional finance»). Dies nenne ich Keynesianischen Makro-Interventionismus, der in der kleinen und offenen Schweiz wenig Nährboden vorfindet.

2. Die Interpretation des Modells des allgemeinen Gleichgewichts als Benchmark für die Funktionsweise von realen Märkten erzeugt den falschen Eindruck eines allgegenwärtigen Marktversagens, was entsprechende staatliche Eingriffe zur angeblichen Überwindung der immer neuen Formen des Marktversagens zur Folge hat. Diese Extremform der neoklassischen Gleichgewichtstheorie blendet das klassische

Politikversagen durch Anmassung von zentralisiertem Wissen zum einen und die individuellen Anreize bzw. Anpassungsmechanismen zum anderen völlig aus. Dies nenne ich «Stiglitzschen» Mikro-Interventionismus. Leider sind wir dagegen in der Schweiz alles andere als immun. Selbst die meisten Studierenden können heute das Marktversagen besser erklären als dessen Funktionieren unter realistischen Bedingungen. Kein Wunder, wenn immer mehr Nobelpreise in diese Richtung gehen.

3. Diese beiden interventionistischen Fehlentwicklungen schwächen nicht nur die Relevanz der marktwirtschaftlichen Theorie für die Politik, sondern sie begünstigen das «Capturing» der Politik durch bürokratisch-administrative Interessen und gut organisierte Lobbys. Paradebeispiel ist unsere Agrarpolitik, die aber immer mehr in andere Bereiche wie Verkehr, Energie, Bildung usw. expandiert. In der Sozial- und Gesundheitspolitik haben sich ganz neue Betreuungsbranchen entwickelt, die privatwirtschaftlich bezahlt, aber staatlich finanziert werden. Dies nenne ich bürokratisch-administrativen Plan- oder Regulierungs-Interventionismus, der gerade in der Schweiz besonders aufzublühen scheint. Es handelt sich hierbei um die Kehrseite des kompetitiven Föderalismus und der direkten Demokratie.

### III. EXTERNE IDEOLOGISCHE UND QUASI-RELIGIÖSE STRÖMUNGEN, DIE DEN MARKT GRUNDSÄTZLICH INFRAGE STELLEN

1. Die marxistischen Formeln des Sozialismus (Verstaatlichung des privaten Eigentums und zentrale Planwirtschaft) sind passé, aber durch einen «Sozialdemokratismus» ersetzt worden. Dieser orientiert sich am Egalitarismus und will durch radikale Umverteilung und erzwingbare Rechtsansprüche an den Staat die soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Viele Aspekte dieser Politik finden immer mehr auch bei bürgerlichen Politikern und Wählern Anklang. Im Trade-off zwischen Effizienz und Gerechtigkeit verliert die Effizienz laufend an Bedeutung.

2. Die zweite Komponente dieses Sozialdemokratismus ist der Kommunitarismus, der eine Demokratisierung der Wirtschaft anstrebt und die individuellen Anreize (Exit) durch Solidarität und Diskurs (Voice) ersetzen will. Ordnungspolitische Grenzen zwischen Markt und Staat werden so nicht (direkt) durch Kollektivierung des Eigentums angestrebt, sondern durch Demokratisierung der Entscheidungsprozesse, z. B. über Lohnhöhen oder -strukturen, Wandel zu einer «grünen Wirtschaft» oder Verhaltensbevormundungen im öffentlichen Interesse (vgl. Lehrplan 21 oder der «Znüni-Terror» in Kindergärten). Diese Forderungen sind auch in bürgerlichen Kreisen verankert und weit verbreitet. Marktwirtschaftlich orientierte Ökonomen sind zu absoluten

Aussenseitern geworden und stossen bei «Gutmenschen» auf ein mitleidiges Lächeln oder mehr noch auf eine unreflektierte Ablehnung.

3. Der sich am Weltuntergang orientierende Ökologismus predigt Nachhaltigkeit und Suffizienz. Er operiert zum einen mit der Verbreitung von Angst und Schrecken und deckt zum andern harte Fakten und freie Forschung mit einer absoluten Moralisierung zu. Der Klimawandel ist zum religiösen Ersatz für die Hölle verkommen. Der im ICPP massgebliche James Hansen hat die amerikanischen Bahntransporte von Kohle mit den nazi-deutschen Vernichtungszügen nach Auschwitz verglichen. Wissenschaftlich unhaltbare Leitlinien wie ehemals die der «Grenzen des Wachstums» und neuerdings der 2000-Watt-Gesellschaft oder des ökologischen Fussabdrucks (aus denen sich eine geradezu absurde Förderung von erneuerbaren Energien ableitet) sind zu Heilsbotschaften verkommen, die man nicht rational hinterfragen darf. Die «Energiewende» in der Schweiz ist getrieben von einer kleinen Minderheit von sektiererischen und opportunistischen Eliten und scheint getragen von einer fehlinformierten, gutgläubigen und hoffnungsvollen breiten Masse, die (vorderhand) ihre Illusionen nicht verlieren möchte. Die Energiewende ist uns vielleicht von Links-Grün langfristig eingebrockt, aber ganz klar und handstreichartig von bürgerlicher Seite aufgetischt worden. Und die Wissenschaft erweist sich leider als wenig standfest sowohl bei Einsatz von Zuckerbrot wie auch von Peitsche. Wenn ein ETH-Team in Anwesenheit von Frau Bundesrätin Leuthard ohne nachvollziehbare Modellrechnung behauptet, dass die Energiewende einzig und allein die Konsequenz habe, dass sich das BIP von 2050 um ein einziges Jährchen verspäte, dann ist das lächerlich oder skandalös – oder beides.

#### IV. KONKRETE SCHWEIZERISCHE HERAUSFORDERUNGEN

1. Die direkte Demokratie wird durch rein emotionale, palliative und punktuelle Volksinitiativen missbraucht, um Systemänderungen durch die Hintertüre zu erzwingen (1:12, Mindestlohn, Grundeinkommen, «grüne Wirtschaft», Masseneinwanderung, Erbschaftssteuern). Diese Initiativen werden nicht mehr von Aussenseitern lanciert, sondern immer mehr von Bundesratsparteien selber. Volksinitiativen haben sich von Ventilen für Aussenseiter zu Wahlkampfinstrumenten der am Machtkartell beteiligten Parteien gewandelt. Statt Inhalten oder Stossrichtungen dominieren hohle Schlagworte und moralgetränkte Emotionen. Dies führt dann erst noch zur Unmöglichkeit einer sauberen Umsetzung, was zu institutioneller Unsicherheit und damit einer dramatischen Abnahme der Standortattraktivität führt. Das Völkerrecht hat die nationale Verfassung der Freiheit als Schranke für Willkür und Zufall paradoxerweise klar in den Hintergrund gedrängt.

2. Obwohl die linke Wählerschaft eine wie eh und je klare Minderheit darstellt, haben wir eine Mitte-Links-Regierung, weil die Rechtspartei alle Mitte-Parteien, aber insbesondere die CVP, die Grün-Liberalen und die BDP den Linken und Grünen in die Arme treibt. Hinzu kommen nimmer mehr «unheilige Allianzen» zwischen dem rechten und linken Rand des politischen Spektrums. Die Mitte-Parteien sind nicht nur extrem zersplittert: Sie haben kein klar erkennbares Profil und vor allem kein ordnungspolitisches Leitbild mehr. Dies im krassen Gegensatz zur SP, die sehr homogen und diszipliniert linksgerichtet operiert und dank der Schwäche der Mitte die Agenda diktiert. Als Liberaler kann ich eigentlich keine Partei mehr wählen!

3. Die Schwäche von Bundesrat und Parlament hat zum einen die Verwaltung und zum anderen die organisierten Interessengruppen gestärkt, was zu monströsen Plänen wie einem Clean-Tech-Masterplan, einer Energiewende 2050 und einem generellen Regulierungswahn mit den Folgen von Bevormundung, Freiheitseinschränkung und – dies vor allem – versteckten volkswirtschaftlichen Kosten für die Privatwirtschaft und die Haushalte führt. Ich werde in meinem neuen Buch aufzeigen, dass gerade die Wirksamkeit der Schuldenbremse zur Auslagerung der steigenden Staatstätigkeit in Sonderhaushalte der Sozialversicherung und allerlei Infrastruktur-Fonds, in als Steuerabzüge versteckte Subventionen und – dies vor allem - in die Substitution individueller Wahlfreiheiten durch staatliche Zwangsregulierung führt.

4. Die schweizerische Politik hat die Fähigkeit verloren, eine konsistente und konsequente Aussen-(Wirtschafts-)Politik zu entwickeln und durchzuhalten. Dies führt einerseits zu fast beliebiger inhaltlicher Nachgiebigkeit bei internationalen Verträgen oder Verhandlungen sowohl gegenüber den USA wie der EU andererseits zu einer stolztrotzigen, aber rein symbolischen Verteidigung des «Schweizertums» gegen fremde Richter, ausländische Nahrungsmittel, angelsächsische Managementpraktiken oder Wall-Street-verdächtiges Banking.

#### V. ZUM SCHLUSS:

Vor fast einem Vierteljahrhundert habe ich zusammen mit den damals jungen und unbekanntem Mitarbeitern Aymo Brunetti und Thomas Straubhaar ein Buch veröffentlicht, das den Titel trug: « Schweiz AG vom Sonderfall zum Sanierungsfall?» (Das Fragezeichen wurde auf Wunsch des SNF gesetzt). Vor fast 10 Jahren publizierten Frank Bodmer und ich den Titel «Wohlstand ohne Wachstum – eine Schweizer Illusion».

Die ältere Studie konzentrierte sich auf institutionell-politische Aspekte einer Verschlechterung der schweizerischen Wirtschaftspolitik, die zweite auf die Überwindung

der ökonomischen Wachstumsschwäche der neunziger Jahre. In den letzten paar Jahren standen wir Schweizer im internationalen Vergleich wirtschaftlich und politisch plötzlich wieder sehr gut da, was zu einer neuen Illusion aus Überheblichkeit geführt hat: Wir sind so gut oder so viel besser als alle anderen, dass wir uns sozial- und familienpolitisch, ordnungs- und staatspolitisch und klima- oder verkehrs- und energiepolitisch eigentlich alles leisten können - Demokratisierung der Wirtschaft, Umverteilung mit der Brechstange und perfekte staatliche Regulierung eines nachhaltigen Lebensstils. Wir setzten gewissermassen eine von Gott gegebene Wohlstandsgarantie auf ewige Zeiten voraus und beanspruchen ein missionarisches Sendungsbewusstsein, als moralisches und ökologisches Vorbild die Welt zu retten, indem wir die hungernden Afrikaner vor GVO-Nahrungsmitteln bewahren und den Chinesen vormachen, wie man eine 2000 Watt-Gesellschaft herbeizaubert. Und dies, obwohl die Afrikaner mehr zu essen haben und die Chinesen wohlstandsmässig zu uns aufholen möchten und deshalb eine 6000-Watt-Gesellschaft anpeilen. Was wir im besten Fall an Energie pro Jahr einsparen, übertrifft China jedes Jahr im besten Fall um knapp das 200-fache. Wir nehmen uns vielleicht schon ein bisschen sehr wichtig.